

# Zeit zum Widerstand!

## Warum Gender-Mainstreaming die Gesellschaft zwangsverändert

„Mindestens 40 % ihrer Sitze im Aufsichtsrat müssen norwegische Firmen mit Frauen besetzen. Einem Dutzend Unternehmen droht nun wegen einer zu geringen Frauenquote die Zwangsschließung“, hieß es in einer Zeitungsmeldung im Februar 2008. Doch längst geht es nicht nur um ökonomische Aspekte. Zusammenhänge von **Maria Steuer**.

Seit Jahrzehnten kämpfen Frauenbewegungen um die Gleichberechtigung der Frauen. Als vor 50 Jahren das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft trat, wurde die Leistung der Hausarbeit als ein der Erwerbsarbeit gleichwertiger Beitrag zum Familienunterhalt betrachtet und die Ehegatten sollten im gegenseitigen Einvernehmen regeln, wie Haushaltsführung und Erwerbstätigkeit verteilt werden sollen. Alle folgenden Gesetze (u.a. Mutterschutzgesetz, Rentenreformgesetz, Beschäftigungsförderungsgesetz, Kindererziehungsleistungsgesetz) untermauerten diese Absicht. Wir waren schon nah dran, Offenheit beim Zugang zu Positionen und Berufen herzustellen, Vielfalt zuzulassen, Unterschiedlichkeit als Ressource zu schätzen und uns hin zu mehr Gleichwertigkeit der unterschiedlichen Lebensmuster zu bewegen.

Für Elisabeth Selbert (Mitverfasserin des Grundgesetzes) war Gleichberechtigung niemals mit Gleichheit oder Angleichung gleichzusetzen. Gleichberechtigung hieß für sie immer Gleichwertigkeit. Gleichwertigkeit baut auf der Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern auf. Und nur „in einer Synthese männlicher und weiblicher Eigenart sehe ich einen Fortschritt im Politischen, im Staatspolitischen, im Menschlichen überhaupt“.

Seit dem 2. Gleichberechtigungsgesetz (Frauenfördergesetz) von 1994 und dem Aktionsplan, der auf der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking von 189 Nationen beschlossen wurde, sprechen wir nicht mehr von Gleichberechtigung, sondern vom Abbau der Frauendiskriminierung und Herstellung von Geschlechtergleichheit.

### Richtungsänderung

Während für Feministinnen grundsätzlich und von Beginn an männliche Lebens- und Karrieremuster wie ein ungeschriebenes Gesetz als erstrebenswertes Ziel gelten, ist dies seit Peking 1995 nun für alle schriftlich verankert: Die Frauenförderung orientiert sich an dem Wesen der Männer. Es wird nämlich seitdem fälschlicherweise angenommen, daß Frauen und Männer in ihren Bedürfnislagen gleich sind, ohne angeborene Unterschiede, und grundsätzlich über gleiche Verarbeitungsmuster verfügen. Die Ursachen für geschlechtsspezifische Unterschiede werden ausschließlich in gesellschaftlich und institutionell vermittelten Lernprozessen gesehen, Biologie oder Schöpfungsursprung spielen also keine Rolle mehr. Vom Erfolg gelungener Frauenförderung spricht man, wenn die Frauenerwerbsquote und die Zahl der Frauen in Führungs-

positionen denen der Männer entsprechen.

Doch trotz zahlreicher Gesetze zur Frauenförderung erhöhte sich der Frauenanteil in Leitungspositionen kaum. Schon im Juni 1999 beschloß die Bundesregierung die Novellierung des Frau-



enfördergesetzes und die Einführung von Gender-Mainstreaming (GM), um Geschlechtergleichheit zu erzwingen. GM bedeutet die Veränderung der natürlichen Geschlechterrolle.

### Zwangsveränderung

Die Journalistin Bettina Röhl schrieb 2005 im politischen Magazin „Cicero“, GM hieße im Klartext: Kompletter Umbau der Gesellschaft und Neuerfindung der Menschheit. „Frauen in den Beruf und an die Macht, Männer an den Herd, Kinder in die Krippen, Mädchen in die GM-Förderprogramme, Jungs in die GM-Umerziehungsschule.“

Doch allen Gesetzen zum Trotz scheinen die Menschen nicht willig zu sein, Geschlechtergleichheit zu akzep-

tieren. So ist z. B. der Frauenanteil unter den Ausbildungsanfängern in den IT-Berufen seit dem Jahr 2002 von 14 % auf nur noch 9,1 % im Jahr 2007 gesunken.

„Die jungen Frauen sollten die Berufschancen im Umfeld moderner Technologien aktiv nutzen, statt den alten Rollenbildern nachzuhängen“, forderte Verbands-Präsident August-Wilhelm Scheer anlässlich der Unterzeichnung des „Nationalen Paktes für Frauen in MINT-Berufen“ mit Bildungsministerin Annette Schavan in Berlin. MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik.

Fragt man die Menschen nach ihren Lebenswünschen, so äußert eine überwältigende Mehrheit den Wunsch seinem angeborenen Geschlecht entspre-

chend leben zu wollen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede lassen sich eben nicht einfach zwangsverändern. Über drei Viertel der Jugend-

**Beim Gender-Mainstreaming geht es nicht um Gleichberechtigung, sondern um Geschlechtergleichheit, um die Veränderung der natürlichen Geschlechterrolle. Doch alle politischen Versuche, die Geschlechter gleichzustellen, waren bisher an dem natürlichen Empfinden der Menschen gescheitert. So wurden die Durchsetzungsmethoden aggressiver und subtiler: Der Staat sicherte sich den Erziehungsauftrag. „Uneinsichtige“ Eltern haben es jetzt schwer. Wenn ihre Erziehungsvorstellungen von denen der staatlichen Behörde abweichen, müssen sie künftig mit dem (Teil-)Entzug des Sorgerechts rechnen. Zeit für aggressiven Widerstand.**



lichen möchten heiraten, ihrem Partner lebenslang treu sein und eine Familie gründen. Und immer noch möchten vier Fünftel der Mütter zu Hause bei ihren kleinen Kindern sein.

Alle bisherigen politischen Versuche, die Geschlechter gleichzustellen, sind bisher an dem natürlichen Empfinden der Menschen gescheitert. Es ist anzunehmen, daß die Durchsetzungsmethoden aggressiver und subtiler werden. Vorsichtig wird dies schon im rechtsverbindlichen Gender-Papier angekündigt: „Ungleichbehandlung und Fördermaßnahmen könnten sich daher als notwendig erweisen, um die Diskriminierungen der Vergangenheit und Gegenwart auszugleichen.“

### Elternentrechtung

Um den Widerstand der Menschen gegenüber dem geplanten gesellschaftlichen Umbau möglichst gering zu halten, muß eine weitere, neue Strategie her, außerhalb der bisherigen Gesetzgebung und Quotenregelung: Die Kinder müssen dem Einfluß ihrer biologischen Eltern entzogen werden, damit ihnen „GM-Bildung“ bereits in Kindertagesstätten und Ganztagschulen übergestülpt werden kann. Neuerziehen ist leichter als Umerziehen.

Damit sind zwei Fliegen der Gleichstellungspolitik mit einer Klappe geschlagen: Die Frauenerwerbsquote wird erhöht und möglichst viele Kinder werden fremd betreut. Hier wird übrigens mehr als deutlich, daß der Ausbau der Kinderkrippen in Deutschland wichtiger Bestandteil des staatlich verordneten Gender-Mainstreaming ist. Damit auch alle braven Bürger diese Maßnahmen schlucken, wird mit unlauteren Mitteln argumentiert: Staatsbetreuung der Kinder soll die Geburtenrate erhöhen, Schutz vor Familienarmut sein, bessere Bildung ermöglichen, Chan-

Die lautlose Revolution

Das Symbol  
der Genderbewegung

cengleichheit herstellen und den Fachkräftemangel bekämpfen. Nachweislich jedoch ist in allen aufgezählten Punkten das Gegenteil der Fall.

Die Strategie scheint aufzugehen. Die Stimmung in der Bevölkerung hat sich bereits gewandelt. Schlüssige Gegenbeweise von Demographen, Finanzexperten und Psychologen werden hartnäckig ignoriert und die Eltern werden zunehmend für untauglich erklärt, ihre Kinder selbst zu erziehen. Der Erziehungsauftrag wird immer mehr vom Staat übernommen. Die Erziehungszielbestimmung wurde aktuell mit der Gesetzesänderung zur „elterlichen Sorge“ (§1666, BGB) im Mai 2008 dem Staat übertragen. „Uneinsichtige“ Eltern haben es jetzt schwer. Wenn ihre Erziehungsvorstellungen von denen der staatlichen Behörde abweichen, müssen sie künftig mit dem (Teil-)Entzug des Sorgerechts rechnen. Erklärtes Ziel

ist es, auch gegen den Willen der Eltern die vom Staat als notwendig erachtete „Förderung“ von Kindern durchsetzen zu können.

Die Voraussetzungen jedenfalls, um Kinder ab ihrer Geburt in „professionell orientierten, staatlichen Erziehungsanstalten“ zusammenzufassen, werden durch die Novellierung des Kinderförderungsgesetzes bereits geschaffen. Dafür werden über 12 Milliarden Euro bereitgestellt und händeringend nach entsprechenden „Kräften“ gesucht. Es ist bezeichnend, daß der Begriff „Mutter“ oder „elterliche Erziehung“ in dem frühkindlichen Förderungswillen des Staates nicht mehr vorkommt, weder im Gesetz noch in den parlamentarischen Debatten.

Es muß wohl noch einiges geschehen, bis diese vorsätzliche Manipulation von den Menschen im Land erkannt und Widerstand laut wird. Es bleibt zu hoffen, daß dies noch rechtzeitig genug geschieht, bevor uns durch weitere staatliche Zwangsmaßnahmen der Hahn zum selbstbestimmten Leben zugekehrt wird.



**Maria Steuer** ist Vertretungsbe-rechtigter Vorstand des Familiennetzwerks, einer Initiative des Familien e.V. Nähere Informationen erhalten Sie unter [www.familie-ist-zukunft.de](http://www.familie-ist-zukunft.de).